

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 80011

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Aachen, den 16. März 2016

Pressemitteilung „Zu wenig preiswerter Wohnraum: Kostensenkungsverfahren aussetzen!“

Für den StädteRegionstag am 17. März hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zur Aussetzung von Kostensenkungsverfahren im SGB II/SGB XII gestellt. In der Zwischenzeit hat die Verwaltung mit einer Mitteilungsvorlage reagiert, die in ihrer Schlichtheit doch überrascht. Der Fraktion ging es darum, festzustellen, dass für die leistungsberechtigten Personengruppe Wohnungen im angemessenen Kostenrahmen nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Dies lässt sich zum einen am aktuellen Aachener Wohnungsmarktbericht ablesen. Andererseits hatte die Beantwortung einer Anfrage unserer Fraktion zur Zahl von Kostensenkungsverfahren im Spätsommer 2015 ergeben, dass es zu diesem Zeitpunkt bereits mehrere Hundert Kostensenkungsverfahren gab. Letztere können dazu führen, dass Leistungsberechtigte der Grundsicherung nur noch den „angemessenen“ Teil ihrer Miete bezahlt bekommen bzw. eine neue Wohnung suchen müssen.

In der Mitteilungsvorlage wird hingegen auf das sogenannte schlüssige Konzept verwiesen, das seit März 2014 gilt. Dies überzeugt aber aus mehreren Gründen nicht: Die in 2013 ermittelten Werte der Firma Analyse & Konzepte“ waren schon im Frühjahr 2014 veraltet. Bei den eingeflossenen Bestandsmieten ist zu fragen, ob diese in der Lage sind, das Angebot an preiswertem und verfügbarem Wohnraum abzubilden. Die Anpassung der Werte im Herbst 2015 erfolgte auf Grundlage eines NRW-weiten Index. Ob damit unter anderem die Entwicklung in einer wachsenden Stadt wie Aachen wiedergegeben werden kann, muss bezweifelt werden.

Zwar wird in der Mitteilungsvorlage eine individuelle Prüfung anhand der städteregionalen Richtlinien zugesagt. Eine solche ist aber angesichts der momentanen Situation auf dem Wohnungsmarkt obsolet. „Dies verursacht für das Jobcenter-Personal überflüssige Bürokratie und die Betroffenen unnötigen Psychostress“, so Uwe F. Lühr, Vorsitzender der Fraktion. „Für unsere Fraktion steht fest: Kostensenkungsverfahren sollten bis auf weiteres ausgesetzt werden“.